

KONRAD LORENZ GYMNASIUM

*Abs.: Lehrerinnen und Lehrer am Konrad-Lorenz-Gymnasium
Gärtnergasse 5-7 • 2230 Gänserndorf*

An das Präsidium des Nationalrates

per E-Mail

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

***Gesetzesentwurf des Bundeskanzleramtes
»Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst«***

Gänserndorf, den 19. September 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

in offener Frist übermitteln wir, die unterzeichnenden Lehrerinnen und Lehrer am Konrad-Lorenz-Gymnasium, Ihnen unsere Stellungnahme zum oben genannten Gesetzesentwurf. Wir übergehen die zahlreichen formalen Fehler und logistischen Schwächen, auf die bereits die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, der Zentralkausschuss sowie der niederösterreichische Fachausschuss für Lehrerinnen und Lehrer an AHS in ihren Stellungnahmen hingewiesen haben.

Inhaltlich weist der Entwurf aus unserer Sicht im Wesentlichen die folgenden gravierenden Mängel auf:

- ◆ Das neue Gehaltsschema stellt in Verbindung mit der Neuregelung der Dienstpflichten eine drastische Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich dar. Eine solche Maßnahme ist sicher nicht geeignet, um in Zukunft die erforderliche Zahl geeigneter und qualifizierter junger Menschen für unseren verantwortungsvollen Beruf zu gewinnen und zu motivieren.
- ◆ Die sich an AHS ergebende Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen mehr Klassen als nach geltendem Recht unterrichten müssen. Für die einzelnen Schülerinnen und Schüler bzw. Unterrichtsgruppen haben die Lehrkräfte infolgedessen weniger Kraft und Zeit. Da guter Unterricht umfassend vor und nachbereitet werden muss, ist diese Maßnahme auch sicher nicht geeignet, um die Unterrichtsqualität zu steigern. Vielmehr ist ein Qualitätsverlust zu befürchten.
- ◆ Als Anstellungserfordernis ist der Erwerb des akademischen Grades »Bachelor of Education« zureichend. An der AHS-Unterstufe bedeutet dies gegenüber den derzeitigen Bestimmungen eine Herabsetzung der geforderten Lehrerausbildung und somit aus unserer

Sicht eine Minderung der Schulqualität, da fachliche Qualifikation der Lehrkräfte und Unterrichtsqualität eng zusammenhängen.

- ◆ Der Ersatz des Unterrichtspraktikums durch die Induktionsphase stellt eine drastische Verschlechterung der praktischen Lehrerausbildung dar. Die Kolleginnen und Kollegen sollen neben einer vollen Lehrverpflichtung noch hospitieren und an speziellen Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Abgesehen von absehbaren terminlichen Schwierigkeiten halten wir dies für eine Überforderung, die nur zu Lasten der Qualität des Unterrichts und der Ausbildung gehen kann.
Für die Zuweisung zu einem Mentor bzw. einer Mentorin wird keinerlei gegenstandsspezifische Zuordnung gefordert. Zudem müssen Mentorinnen und Mentoren bis zu drei Kolleginnen und Kollegen betreuen. Auch hier ergibt sich gegenüber dem Unterrichtspraktikum eine gravierende Qualitätsminderung.
- ◆ Der Entwurf ermöglicht den Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern in allen Unterrichtsgegenständen und an allen Schularten unabhängig von ihrer speziellen Ausbildung. Guter Unterricht braucht jedoch sowohl für die jeweiligen Gegenstände als auch die Anforderungen der jeweiligen Schulart spezifisch ausgebildete Lehrkräfte.

Wir möchten unseren Schülerinnen und Schülern einen guten Unterricht und möglichst individuelle Betreuung und Förderung bieten. Schulpolitische und pädagogische Neuerungen (derzeit z.B. standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung, Bildungsstandards, modulare Oberstufe, Qualitätsentwicklung) möchten wir mit der gebotenen Sorgfalt und möglichst hoher Qualität umsetzen. Der vorgelegte Gesetzesentwurf ist in keiner Weise geeignet, die Rahmenbedingungen hierfür zu verbessern, sondern stellt in vielerlei Hinsicht eine Verschlechterung dar.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Jürgen Stahl *Mag. Doris Bierbamer*
 Mag. Jürgen Stahl Mag. Doris Bierbamer
 Vorsitzender des gewerkschaftl. Betriebsausschusses Vorsitzende des Dienststellenausschusses

Mag. Maria Kainz *Mag. Claudia Freidl-Schmoll*
Mag. Blaszczyk *Mag. Doris Gajer*
Mag. Helga Knaus *Mag. Stefan Lindbichler*

für die
 Mag. A. Schmid
 Mag. Richard Kaiser
 Mag. Barbara Jordl
 Mag. Markus Römerhuber
 Mag. Karin Juchatsch
 Mag. Michaela Peier
 Fl. Seauer Ani
 Mag. Dr. Ilona Gröde
 Dr. Eva-Maria Wagner
 Mag. Kathrin Mayr
 Mag. Claudia Kalensky
 Dr. T. Kalensky
 Mag. Barbara Perner
 Mag. Johannes Neuner
 Mag. Michaela Leitner, PhD
 Mag. Dominique Finsperger
 Mag. Beatrix Uelfky
 Mag. Katrien Doszepic
 Mag. Katharina Sator
 Mag. Anna Lohaj
 Dr. Andrea Mairan

Mag. Seeger Tenello
 Mag. Roland Stark
 Mag. Günther Kammerer
 Mag. Nikolaus Glöckl
 Mag. Peter Retifink
 Mag. Stephan Kossuth
 Mag. Thomas Hasenfuss
 Mag. Christian Kowatsch
 Mag. M. Šapinek - W
 Dr. Anna Stenz
 Elisabeth Trenner
 Mag. Birgit Röhe
 Mag. Christian Pröhler
 Mag. Maria Mauser
 Mag. Michaela Hörb
 Mag. Gabi
 Mag. Gaby
 Mag. Michaela Stohbeger
 Mag. Gerda Ferlitz
 Mag. - Elfiere Kammerer
 Mag. Ingrid Krauz
 Mag. Maria Perner
 Mag. Daniela Mair
 Mag. Peter Stöckl
 Mag. Claudia Perner
 Mag. Christian Galler

Die Unterzeichneten sind mit einer Veröffentlichung der Stellungnahme auf der Homepage des österreichischen Parlaments einverstanden.